

STATUTEN ZWECKVERBAND ALTERS- UND PFLEGEHEIM WEINLAND

AB 1. OKTOBER 2011 „ZENTRUM FÜR PLEGE & BETREUUNG WEINLAND“

Stand: 11. Mai 2009

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Bestand und Zweck	4	2.2.3.	Fakultatives Referendum	11
	Art. 1 Bestand	4		Art. 15 Beschlüsse der Delegiertenversammlung	11
	Die Namensänderung soll erst mit der Eröffnung des			Art. 16 Ausschluss des Referendums	12
	Neubaus erfolgen	4	2.3.	Die Verbandsgemeinden	13
	Art. 2 Rechtspersönlichkeit und Sitz	4		Art. 17 Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen	
	Art. 3 Zweck	4		Verbandsgemeinden	13
	Art. 4 Beitritt weiterer Gemeinden	5		Art. 18 Beschlussfassung	13
2.	Organisation	6	2.4.	Delegiertenversammlung	14
2.1.	Allgemeine Bestimmungen	6		Art. 19 Zusammensetzung	14
	Art. 5 Organe	6		Art. 20 Konstituierung	14
	Art. 6 Amtsdauer	7		Art. 21 Wahlen und Abstimmungen	14
	Art. 7 Zeichnungsberechtigung	7		Art. 22 Kompetenzen	15
	Art. 8 Bekanntmachung	7		Art. 23 Vorsitz und Aktuariat	17
2.2.	Die Stimmberechtigten des Zweckverbandes	8		Art. 24 Einberufung	17
2.2.1.	Allgemeines	8		Art. 25 Beschlussfähigkeit und Stimmabgabe	18
	Art. 9 Stimmrecht	8		Art. 26 Öffentlichkeit der Verhandlungen	18
	Art. 10 Verfahren	9	2.5.	Die Heimkommission	19
	Art. 11 Zuständigkeit	9		Art. 27 Zusammensetzung	19
2.2.2.	Initiative	10		Art. 28 Aufgaben und Kompetenzen	19
	Art. 12 Gegenstand	10		Art. 29 Aufgabendelegation	20
	Art. 13 Zustandekommen	10		Art. 30 Beschlussfassung	20
	Art. 14 Einreichung	10		Art. 31 Einberufung und Teilnahme	21
			2.6.	Die Heimleitung	21

Art. 32	Zusammensetzung	21
Art. 33	Aufgaben und Kompetenzen	21
2.7.	Die Rechnungsprüfungskommission (RPK)	23
Art. 34	Zusammensetzung	23
Art. 35	Aufgaben	23
Art. 36	Beschlussfassung	24
3.	Personal und Arbeitsvergaben	24
Art. 37	Anstellungsbedingungen	24
Art. 38	Öffentliches Beschaffungswesen	24
4.	Verbandshaushalt	25
Art. 39	Finanzhaushalt	25
Art. 40	Buchführungsart	25
Art. 41	Kostenverteiler	26
Art. 42	Eigentum	26
Art. 43	Haftung	26
5.	Aufsicht und Rechtsschutz	27
Art. 44	Aufsicht	27
Art. 45	Rechtsschutz und Verbandsstreitigkeiten	27
6.	Austritt, Auflösung und Liquidation	28
Art. 46	Austritt	28
Art. 47	Auflösung	28
7.	Schlussbestimmungen	29
Art. 48	Inkrafttreten	29

Anhang: Übersicht Finanzkompetenzen

Statuten neu

Entsprechend der Gleichstellung von Frau und Mann gelten alle Personen- und Funktionsbezeichnungen in den nachfolgenden Statuten, ungeachtet der Sprachform, für beide Geschlechter.

1. Bestand und Zweck

Art. 1 Bestand

Die Politischen Gemeinden Benken, Marthalen, Ossingen, Rheinau, Trüllikon und Truttikon bilden unter dem Namen „**Alters- und Pflegeheim Weinland**“ und ab 1. Oktober 2011 unter dem Namen „Zentrum für Pflege & Betreuung Weinland“ auf unbestimmte Dauer einen Zweckverband nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes.

Art. 2 Rechtspersönlichkeit und Sitz

Der Zweckverband besitzt eigene Rechtspersönlichkeit. Sein Sitz befindet sich in Marthalen.

Art. 3 Zweck

Der Verband bezweckt die Bereitstellung von stationären und ambulanten Pflege- und Betreuungsangeboten primär für die Einwohner des Verbandsgebiets.

Der Zweckverband kann unter Beachtung der Bestimmungen dieser Statuten weitere Einrichtungen und Dienste schaffen, um die Kernaufgabe gemäss Abs. 1 und andere damit zusammenhängende Aufgaben für die Verbandsgemeinden oder vertraglich angeschlossenen Gemeinden zu besorgen.

Bemerkungen

Mit der Eröffnung des Neubaus soll eine Namensänderung erfolgen.

Da Art. 92 Abs. 3 KV die Rechtspersönlichkeit der Zweckverbände ausdrücklich bestimmt, kann auf diesen Hinweis in den Statuten verzichtet werden. Weiterhin geregelt werden muss hingegen der Sitz des Zweckverbandes. Ein Eintrag im Handelsregister ist nicht nötig (Art. 52 Abs. 2 ZGB)

Der Verbandszweck wird umfassender und offener formuliert, damit Handlungsspielraum für Anpassungen an veränderte Bedürfnisse besteht.

Statuten neu

Art. 4 Beitritt weiterer Gemeinden

Der Beitritt weiterer Gemeinden zum Zweckverband ist möglich.

Bemerkungen

Der spätere Beitritt einer Gemeinde zum Verband hat Statutenänderungen zur Folge und erfordert in der Regel die Zustimmung aller Verbandsgemeinden. Die inhaltlichen Anpassungen betreffen z.B. die Zusammensetzung des Verbands, die Zusammensetzung der Delegiertenversammlung (Art. 19) und allenfalls weitere Bestimmungen.

Statuten neu

2. Organisation

2.1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 5 Organe

Die Organe des Zweckverbandes sind:

1. die Stimmberechtigten des Verbandsgebietes;
2. die Verbandsgemeinden;
3. die Delegiertenversammlung;
4. die Heimkommission;
5. die Heimleitung;
6. die Rechnungsprüfungskommission (RPK).

Bemerkungen

Die Kantonsverfassung sieht ausdrücklich vor, dass den Stimmberechtigten des gesamten Verbandsgebietes das Initiativ- und das Referendumsrecht zustehen (Art. 93 Abs. 2 KV). Den Stimmberechtigten des Verbandsgebietes können weitere Rechte übertragen werden.

Im Übrigen sind die Zweckverbände demokratisch zu organisieren (Art. 93 Abs. 1 KV). Diese Bestimmung bedeutet, dass sich die Gemeinden beim Aufbau eines Zweckverbandes am Organisationsrecht des Gemeindegesetzes zu orientieren haben. Bei Zweckverbänden mit dreistufiger Organisation, also mit einer Delegiertenversammlung, gelten die Bestimmungen des GG betreffend die Parlamentsgemeinden sinngemäss. Bei der Gestaltung der internen Organisation sind die Zweckverbände weitgehend frei.

Die Zuständigkeit innerhalb der einzelnen Verbandsgemeinden richtet sich nach der jeweiligen Gemeindeordnung. Für die Bestellung der Behörden sind die Bestimmungen des GPR, dessen Ausführungserlasse sowie die Bestimmungen des GG massgebend.

Ziffer 5: Die Schaffung einer Geschäftsleitung mit Organstellung (Heimleitung), welcher die operative Führung des Zweckverbandes obliegt, ist zulässig, sofern deren Zusammensetzung und Befugnisse in den Statuten aufgeführt werden. Die Umschreibung in einem Reglement ist nicht zulässig.

Statuten neu

Art. 6 Amtsdauer

Für die Mitglieder der Delegiertenversammlung, der Heimkommission und der Rechnungsprüfungskommission beträgt die Amtsdauer vier Jahre. Sie fällt mit derjenigen der Gemeindebehörden zusammen.

Art. 7 Zeichnungsberechtigung

Rechtsverbindliche Unterschrift für den Zweckverband führen der Präsident und der Sekretär der Heimkommission gemeinsam.

Die Heimkommission kann die Zeichnungsberechtigung im Interesse eines ordentlichen Betriebsablaufes für sachlich begrenzte Bereiche im Betrag limitieren oder anders ordnen.

Art. 8 Bekanntmachung

Die vom Verband ausgehenden Bekanntmachungen sind, sofern keine weiteren Publikationen gesetzlich vorgeschrieben sind, in den amtlichen Publikationsorganen der Verbandsgemeinden zu veröffentlichen.

Die Bevölkerung ist im Sinne des Gemeindegesetzes periodisch über wesentliche Verbandsangelegenheiten zu orientieren.

Die Heimkommission orientiert die Verbandsgemeinden regelmässig über die Geschäftstätigkeit des Zweckverbandes.

Bemerkungen

Die Vertretungsbefugnis für den Zweckverband gegen aussen muss geregelt sein (vgl. Thalmann, § 64 N. 3.6.2).

Abs. 1 befasst sich mit den amtlichen Veröffentlichungen gemäss § 68a GG. Analog zu § 68b GG sorgt die Heimkommission des Zweckverbandes für eine sachgerechte Information der Bevölkerung.

Da der Zweckverband eine Gemeindeaufgabe wahrnimmt besteht eine gegenseitige Informationspflicht für alle Belange, welche die Verbandsgemeinden betreffen. Soweit diese Information nicht schriftlich erfolgt, ist die Aufgabe von einem Mitglied des Vorstandes wahrzunehmen (Thalmann, § 56 N. 4.1).

Statuten neu

2.2. Die Stimmberechtigten des Zweckverbandes

2.2.1. Allgemeines

Art. 9 Stimmrecht

Die in kommunalen Angelegenheiten stimmberechtigten Einwohner aller Verbandsgemeinden sind die Stimmberechtigten des Zweckverbandes.

Bemerkungen

Die Bestimmungen dieses Abschnittes sind eine Folge der neuen Kantonsverfassung, die einen Ausbau der Volksrechte in den Zweckverbänden vorschreibt. Gemäss Art. 93 Abs. 2 KV steht das Initiativ- und das Referendumsrecht den Stimmberechtigten im gesamten Verbandsgebiet zu. Diese Vorgabe haben die Zweckverbände innert vier Jahren nach Inkrafttreten der Verfassung (d.h. bis Ende 2009) in den Verbandsstatuten umzusetzen. Die wichtigste Neuerung besteht darin, dass Abstimmungen über Initiativbegehren und über Beschlüsse der Delegiertenversammlung (obligatorisches und fakultatives Referendum) auf Verbandsebene erfolgen, d.h. dass bei diesen Abstimmungen die Stellungnahme der Stimmberechtigten des Verbandes und nicht die Stellungnahmen der einzelnen Verbandsgemeinden den Ausschlag geben. Neben der Umsetzung der Demokratisierung können damit gewisse Beeinträchtigungen des politischen Willensbildungsprozesses behoben werden, z.B. schwerfällige Entscheidungsabläufe, wenn die Abstimmungen in den einzelnen Verbandsgemeinden an verschiedenen Terminen stattfinden.

Statuten neu

Art. 10 Verfahren

Die Stimmberechtigten stimmen an der Urne. Das Verfahren richtet sich nach der kantonalen Gesetzgebung. Die Urnenabstimmungen werden durch die Heimkommission angesetzt. Wahlleitende Behörde ist der Gemeinderat Marthalen.

Eine Vorlage ist angenommen, wenn ihr die Mehrheit der Stimmenden zustimmt.

Art. 11 Zuständigkeit

Den Stimmberechtigten des Zweckverbandes stehen zu:

1. die Einreichung von Initiativen;
2. die Ergreifung des fakultativen Referendums;
3. die Abstimmung über rechtmässige Referendums- und Initiativbegehren, unter Vorbehalt der Zuständigkeit der Verbandsgemeinden für die Änderung der Statuten und die Auflösung des Zweckverbandes;
4. die Beschlussfassung über im Voranschlag enthaltene neue einmalige Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 500'000.- und über neue jährlich wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 150'000.-;
5. die Beschlussfassung über neue, im Voranschlag nicht enthaltene Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 250'000.- und über neue jährlich wiederkehrende Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 50'000.-;

Bemerkungen

§ 12 Abs. 1 lit. c GPR bestimmt, dass der Gemeindevorstand der Sitzgemeinde eines Zweckverbandes die wahlleitende Behörde ist. Die wahlleitende Behörde ist für die korrekte Durchführung der Abstimmung verantwortlich. Für die Auswertung der Stimmzettel sind die Wahlbüros in den Verbandsgemeinden zuständig.

Es gelten die Bestimmungen des GPR sinngemäss.

Ziffer 3: Der Vorbehalt bringt zum Ausdruck, dass sich das Beschlussverfahren in diesen Fällen nach Art. 18 der Statuten richtet.

Ziffer 4: Für die Beschlussfassung über Ausgaben ab einer bestimmten Höhe sind zwingend die Stimmberechtigten des Verbandsgebietes zuständig. Der Betrag ist so anzusetzen, dass die demokratischen Mitwirkungsrechte der Stimmberechtigten des Zweckverbandsgebietes nicht ausgehöhlt werden. Zur besseren Lesbarkeit sind die Finanzkompetenzen der einzelnen Verbandsorgane im Anhang zusammenzufassen.

Statuten neu

2.2.2. Initiative

Art. 12 Gegenstand

Eine Initiative kann über Geschäfte eingereicht werden, die dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehen.

Mit einer Initiative kann ausserdem die Änderung der Statuten und die Auflösung des Zweckverbands verlangt werden.

Art. 13 Zustandekommen

Die Initiative ist zustande gekommen, wenn sie von mindestens 100 Stimmberechtigten unterstützt wird und spätestens 6 Monate nach der Veröffentlichung der Initiative im amtlichen Publikationsorgan eingereicht wird.

Art. 14 Einreichung

Die Initiative ist dem Präsidenten der Heimkommission schriftlich einzureichen. Die Heimkommission prüft, ob sie zustande gekommen und rechtmässig ist. Sie überweist sie der Delegiertenversammlung mit Bericht und Antrag.

Bemerkungen

Als Gegenstand von Initiativen kommen Geschäfte in Frage, die im Sinne von Art. 11 der Statuten dem obligatorischen oder von Art. 15 der Statuten dem fakultativen Referendum unterstehen (vgl. § 96 Ziff. 1 GG). Nicht initiativfähig sind Angelegenheiten, die in die abschliessende Zuständigkeit der Delegiertenversammlung fallen (Art. 16).

Das Initiativrecht bezieht sich darüber hinaus auf Vorschläge zur Änderung der Verbandsordnung und zur Auflösung des Zweckverbands. Da mit einer Statutenänderung oder mit der Auflösung des Zweckverbands in die Rechte der Verbandsgemeinden eingegriffen wird, findet die Abstimmung in den einzelnen Verbandsgemeinden statt.

Für kantonale Initiativen braucht es die Unterstützung von ca. 5 Promille der EinwohnerInnen. Das Verbandsgebiet umfasst ca. 6'700 EinwohnerInnen. 5 Promille entsprechen ca. 35 Personen. Ein Quorum von 100 Stimmberechtigten wird als zweckmässig erachtet.

Statuten neu

2.2.3. Fakultatives Referendum

Art. 15 Beschlüsse der Delegiertenversammlung

Einer Abstimmung an der Urne unterliegen ferner Beschlüsse der Delegiertenversammlung,

1. wenn die Mehrheit der bei der Fassung des Beschlusses anwesenden Mitglieder der Delegiertenversammlung die Urnenabstimmung in der gleichen Sitzung beschliesst;
2. wenn binnen 60 Tagen von der Bekanntmachung des Beschlusses an 50 Stimmberechtigte bei der Heimkommission das schriftliche Begehren um Anordnung einer Urnenabstimmung einreichen;
3. wenn innert der nämlichen Frist ein Drittel der Mitglieder der Delegiertenversammlung ein solches Begehren stellt.

Eine Urnenabstimmung kann nicht verlangt werden, wenn der Beschluss der Delegiertenversammlung von mindestens 4/5 der Delegierten als dringlich erklärt wird und die Heimkommission durch Beschluss ihr Einverständnis erklärt.

Der Heimkommission steht das Recht zu, ihre von der Delegiertenversammlung geänderten Anträge neben den Beschlüssen der Delegiertenversammlung der Urnenabstimmung zu unterbreiten.

Bemerkungen

Sämtliche Beschlüsse der DV unterliegen dem fakultativen Referendum. Diese Bestimmung entspricht derjenigen von § 92 GG.

Für kantonale Referenden braucht es die Unterstützung von ca. 2.5 Promille der EinwohnerInnen. Das Verbandsgebiet umfasst ca. 6'700 EinwohnerInnen. 5 Promille entsprächen ca. 17 Personen. Ein Quorum von 50 Stimmberechtigten wird als zweckmässig erachtet.

vgl. § 94 GG betr. Dringlichkeit

vgl. § 95 GG betr. Doppelantrag

Statuten neu

Art. 16 Ausschluss des Referendums

Folgende Geschäfte der Delegiertenversammlung können der Urnenabstimmung nicht unterstellt werden:

1. die Wahlen;
2. die Abnahme der Jahresrechnungen und der Geschäftsberichte;
3. die Festsetzung des Voranschlages;
4. die Genehmigung gebundener Ausgaben;
5. ablehnende Beschlüsse;
6. Anträge an die Verbandsgemeinden;
7. der Beschluss, eine Vorlage ausarbeiten zu lassen, die einer Initiative in der Form der allgemeinen Anregung entspricht;
8. Beschlüsse über einmalige Ausgaben bis Fr. 400'000.- und wiederkehrende Ausgaben bis Fr. 100'000.-.

Bemerkungen

Es gelten die gleichen Ausschlussgründe vom Referendum wie beim Grossen Gemeinderat (§ 93 GG).

Statuten neu

2.3. Die Verbandsgemeinden

Art. 17 Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Verbandsgemeinden

Die nach den jeweiligen Gemeindeordnungen zuständigen Organe der einzelnen Verbandsgemeinden sind zuständig für:

1. die Wahl der kommunalen Vertretung und deren Ersatz in die Delegiertenversammlung;
 2. die Änderung dieser Statuten;
 3. die Kündigung der Mitgliedschaft beim Verband;
 4. die Auflösung des Zweckverbandes.
-

Art. 18 Beschlussfassung

Änderungen der Statuten, welche die Stellung der Gemeinden grundsätzlich und unmittelbar betreffen, sowie die Auflösung des Zweckverbandes bedürfen der Zustimmung aller Verbandsgemeinden. Jede andere Änderung der Statuten bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Verbandsgemeinden.

Bemerkungen

Beschlüsse sollen wenn möglich nach dem (einfachen) Mehrheitsprinzip gefasst werden.

Statuten neu

2.4. Delegiertenversammlung

Art. 19 Zusammensetzung

Die Delegiertenversammlung besteht aus je 2 Gemeinderäten der einzelnen Verbandsgemeinden.

Art. 20 Konstituierung

Die Delegiertenversammlung konstituiert sich unter dem Vorsitz des bisherigen Präsidenten. Sie wählt:

1. das Präsidium, wobei diese Funktion gleichzeitig in der Heimkommission ausgeübt wird;
2. das Vizepräsidium, wobei diese Funktion gleichzeitig in der Heimkommission ausgeübt wird;
3. die Stimmenzähler.

Art. 21 Wahlen und Abstimmungen

Die Wahlen und Abstimmungen erfolgen in der Regel offen und mit absolutem Mehr. Auf Verlangen von 1/4 der anwesenden Delegierten muss geheim abgestimmt werden.

Bemerkungen

Statuten neu

Art. 22 Kompetenzen

Der Delegiertenversammlung stehen im Weiteren folgende Geschäfte zu:

1. die Oberaufsicht über den Zweckverband;
2. der Erlass und die Änderung ihrer Geschäftsordnung;
3. die Beratung und Antragstellung zu allen Vorlagen, die der Behandlung durch die Stimmberechtigten oder durch die Verbandsgemeinden unterliegen;
4. die Wahl der Mitglieder der Heimkommission, welche nicht der Delegiertenversammlung angehören dürfen, mit Ausnahme Präsidium und Vizepräsidium;
5. Wahl des Präsidenten der Rechnungsprüfungskommission;
6. die Beschlussfassung über Anträge der Heimkommission zu Initiativen;
7. die Festsetzung des Voranschlags und die Bewilligung der Nachtragskredite;
8. die Abnahme der Verbandsrechnung;
9. die Abnahme des Geschäftsberichts der Heimkommission;
10. die Beschlussfassung über im Voranschlag enthaltene neue einmalige Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 150'000.- bis Fr. 500'000.- und über neue jährlich wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 40'000.- bis Fr. 150'000.-;

Bemerkungen

Statuten neu

11. Beschlussfassung über neue, im Voranschlag nicht enthaltene Ausgaben im folgenden Umfange:
- a) einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 20'000.- bis Fr. 250'000.- im Einzelfall;
insgesamt pro Jahr bis Fr. 350'000.-;
 - b) jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als Fr. 10'000.- bis Fr 50'000.- im Einzelfall;
insgesamt pro Jahr bis Fr.80'000.-;
12. die Genehmigung von Bauabrechnungen, soweit dafür Kredite von der Delegiertenversammlung, den Verbandsgemeinden oder den Stimmberechtigten des Verbandsgebiets erteilt worden sind;
13. die Genehmigung der strategischen Ausrichtung;
14. die Festlegung der Entschädigung der Verbandsorgane;
15. die Beschlussfassung über andere Geschäfte, welche die Heimkommission aus besonderen Gründen der Delegiertenversammlung unterbreitet.
16. den Erlass von Reglementen von grundlegender Bedeutung wie Heimreglement, Personalstatut, Taxordnung.

Bemerkungen

Statuten neu

Art. 23 Vorsitz und Aktuariat

Der Präsident oder der Vizepräsident der Heimkommission leiten die Delegiertenversammlung.

Der Sekretär der Heimkommission führt das Aktuariat des Verbandes. Über die Versammlung wird ein Beschlussprotokoll geführt. Das Protokoll ist der nächsten Delegiertenversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 24 Einberufung

Die Delegiertenversammlung tritt bei Bedarf und auf Verlangen der Heimkommission oder von mindestens vier Delegierten zusammen, in der Regel jedoch zweimal pro Jahr.

Die Versammlungen sind, dringliche Fälle vorbehalten, mindestens 10 Tage vorher unter Bezeichnung der Beratungsgegenstände den Delegierten anzuzeigen und öffentlich bekannt zu machen.

Bemerkungen

Statuten neu

Art. 25 Beschlussfähigkeit und Stimmabgabe

Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. Sie fassen ihre Beschlüsse mit einfachem Mehr; bei Stimmengleichheit wird der Antrag abgelehnt.

Die Delegiertenversammlung beschliesst auf Antrag der Heimkommission. Über Anträge von Delegierten kann nur Beschluss gefasst werden, wenn eine Stellungnahme der Heimkommission vorliegt.

Die Mitglieder der Heimkommission, welche nicht der Delegiertenversammlung angehören, und die Heimleitung nehmen an der Sitzung der Delegiertenversammlung mit beratender Stimme teil.

Art. 26 Öffentlichkeit der Verhandlungen

Die Verhandlungen der Delegiertenversammlung sind öffentlich.

Bemerkungen

Das Quorum soll neu beim einfachen Mehr festgesetzt werden.

Das Antragsrecht der Delegierten ist unselbständig und beschränkt auf die im Antrag der Exekutivbehörde enthaltene Thematik (Thalmann, § 105 N. 4.3.2).

In Analogie zu § 106 GG ist das eine zwingende Vorgabe, die Ausfluss von Art. 93 KV ist.

Statuten neu

2.5. Die Heimkommission

Art. 27 Zusammensetzung

Die Heimkommission besteht aus 7 Mitgliedern aus den Verbandsgemeinden. Sie konstituiert sich mit Ausnahme des Präsidiums und des Vizepräsidiums selbst.

Art. 28 Aufgaben und Kompetenzen

Die Heimkommission ist zuständig für alle Geschäfte, die nicht einem andern Organ übertragen sind. Ihr stehen insbesondere zu:

1. die Erarbeitung der strategischen Ausrichtung des Verbands und seine Vertretung nach aussen;
 2. die Beratung und Antragsstellung der Geschäfte an die Delegiertenversammlung;
 3. der Vollzug der Beschlüsse der Delegiertenversammlung;
 4. die Schaffung von Stellen;
 5. die Wahl der Mitglieder der Heimleitung sowie die Anstellung und die Entlassung der Bereichsleitungen;
 6. der Erlass eines Organisations- und Geschäftsreglements;
 7. die Beschlussfassung über im Voranschlag enthaltene neue einmalige Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 20'000.- bis Fr. 150'000.- und über neue jährlich wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 5'000.- bis Fr. 40'000.-;
-

Bemerkungen

Die Heimkommission soll nach fachlichen Kriterien zusammengesetzt sein. Auf eine Vorgabe bezüglich Gemeindezugehörigkeit wird daher verzichtet.

Statuten neu

8. Beschlussfassung über neue, im Voranschlag nicht enthaltene Ausgaben im folgenden Umfange:
- a) einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 10'000.- bis Fr. 20'000.- im Einzelfall;
insgesamt pro Jahr bis Fr. 100'000.-;
 - b) jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als Fr. 3'000.- bis Fr. 10'000.- im Einzelfall;
insgesamt pro Jahr bis Fr. 30'000.-;
9. der Erlass weiterer Reglemente, welche nicht in die Kompetenz eines anderen Verbandsorgans fallen.
-

Art. 29 Aufgabendelegation

Die Heimkommission kann bestimmte Geschäfte einzelnen oder mehreren Mitgliedern oder der Heimleitung zur selbständigen Besorgung übertragen.

Bestimmte Geschäfte können auch einer beratenden Kommission oder einzelnen Personen zur Vorbereitung oder zum Vollzug zugewiesen werden. So delegierte Aufgaben ändern nichts an der Entscheidungskompetenz und Verantwortung des auftraggebenden Organs.

Art. 30 Beschlussfassung

Die Heimkommission beschliesst mit einfachem Mehr der Stimmen. Sie ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Bei Stimmgleichheit gilt derjenige Antrag als angenommen, für den der oder die Vorsitzende gestimmt hat. Die Heimleitung nimmt an den Sitzungen der Heimkommission mit beratender Stimme teil.

Bemerkungen

Diese Kompetenz fliesst aus der internen Organisationskompetenz der Zweckverbandsorgane und entspricht der Regelung von § 57 Abs. 1 GG.

Ein Quorum für die Beschlussfähigkeit ist nicht notwendig. Hingegen dient es der Rechtssicherheit, dass die Kompetenz zum Stichentscheid ausdrücklich geregelt ist (vgl. § 66 Abs. 1 GG).

Statuten neu

Art. 31 Einberufung und Teilnahme

Der Heimkommission tritt auf Einladung des Präsidiums zusammen. Die Verhandlungsgegenstände sind den Mitgliedern mindestens 7 Tage vor der Sitzung in einer Einladung schriftlich abzugeben.

Die Heimkommission kann Dritte mit beratender Stimme beiziehen.

Über Anträge kann ausnahmsweise auch im Zirkularverfahren entschieden werden, sofern nicht ein Mitglied die mündliche Beratung verlangt.

2.6. Die Heimleitung

Art. 32 Zusammensetzung

Die Heimleitung besteht aus dem Heimleiter.

Art. 33 Aufgaben und Kompetenzen

Die Heimleitung ist verantwortlich für die operative Führung im Rahmen der von der Heimkommission erlassenen Grundsätze und Weisungen. Der Heimleitung obliegen

1. die Antragstellung an die Heimkommission;
 2. der Vollzug der Beschlüsse der Heimkommission;
 3. die Anstellung und Entlassung von Mitarbeitern im Rahmen des Stellenplans und soweit sie nicht anderen Verbandsorganen vorbehalten ist.
 4. die Beschlussfassung über im Voranschlag enthaltene neue einmalige Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 20'000.- und über neue
-

Bemerkungen

Neu soll der Heimleitung Organstatus zukommen. Die Zusammensetzung bzw. die Anzahl Mitglieder der Heimleitung ist in den Statuten klar zu regeln, ebenso die Aufgaben und Kompetenzen (vgl. Art. 33).

Statuten neu

jährlich wiederkehrenden Ausgaben für einen bestimmten Zweck bis Fr. 5'000.-;

5. Beschlussfassung über neue, im Voranschlag nicht enthaltene Ausgaben im folgenden Umfang:

- a) einmalige Ausgaben bis Fr. 10'000.- im Einzelfall;
insgesamt pro Jahr bis Fr. 10'000.-;
- b) jährlich wiederkehrende Ausgaben bis Fr. 3'000.- im Einzelfall;
insgesamt pro Jahr bis Fr 3'000.-;

Die weiteren Aufgaben der Heimleitung werden von der Heimkommission in einem Organisations- und Geschäftsreglement festgelegt.

Bemerkungen

Statuten neu

2.7. Die Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Art. 34 Zusammensetzung

Die RPK besteht aus je einem Mitglied aus der Rechnungsprüfungskommission jeder Verbandsgemeinde. Die Wahl der Mitglieder obliegt den einzelnen Rechnungsprüfungskommissionen der Verbandsgemeinden.

Die RPK konstituiert sich selbst.

Art. 35 Aufgaben

Die RPK prüft alle Anträge von finanzieller Tragweite an die Delegiertenversammlung oder die Stimmberechtigten, insbesondere Voranschlag, Jahresrechnung und Spezialbeschlüsse. Sie klärt die finanzrechtliche Zulässigkeit, die finanzielle Angemessenheit und die rechnerische Richtigkeit ab.

Sie erstattet der Delegiertenversammlung schriftlich Bericht und Antrag.

Im Übrigen finden die kantonalen Vorschriften über die RPK der Gemeinde sinngemäss Anwendung.

Bemerkungen

Selbstverständlich gelten für die RPK auch die einschlägigen Bestimmungen der Verordnung über den Gemeindehaushalt vom 26. September 1984 (LS 133.1), des Finanzhaushaltsgesetzes vom 2. September 1979 (LS 611), sowie des Kreisschreibens über den Gemeindehaushalt der Direktion des Innern vom 10. Oktober 1984.

Statuten neu

Art. 36 Beschlussfassung

Die RPK beschliesst mit einfachem Mehr der Stimmen. Sie ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Bei Stimmengleichheit gilt derjenige Antrag als angenommen, für den der Vorsitzende gestimmt hat.

Vor ablehnenden Beschlüssen soll die Heimkommission angehört werden.

3. Personal und Arbeitsvergaben

Art. 37 Anstellungsbedingungen

Für das Personal des Verbandes gelten grundsätzlich die gleichen Anstellungs- und Besoldungsbedingungen wie für das Personal des Kantons Zürich. Besondere Vollzugsbestimmungen bedürfen eines Beschlusses der Heimkommission.

Art. 38 Öffentliches Beschaffungswesen

Für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, Arbeiten und Lieferungen finden die kantonalen Submissionsvorschriften Anwendung.

Bemerkungen

Die Regelung eines Quorums für die Beschlussfähigkeit ist nicht notwendig. Hingegen dient es der Rechtssicherheit, dass die Kompetenz zum Stichtentscheid ausdrücklich geregelt ist (vgl. § 66 Abs. 1 GG).

Die Statuten müssen bestimmen, welche Personalordnung für das Personal gilt. Fehlt eine Regelung, sind gemäss § 72 GG die Bestimmungen des Personalgesetzes und seiner Ausführungserlasse sinngemäss anwendbar.

Die kommunalen Vergabestellen - und somit auch die Zweckverbände - unterstehen dem kantonalen Submissionsrecht (Gesetz über den Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen [Beitrittsgesetz], LS 720.1; Submissionsverordnung LS 720.11).

Statuten neu

4. Verbandshaushalt

Art. 39 Finanzhaushalt

Massgebend für den Finanzhaushalt und die Rechnungslegung des Zweckverbandes sind das Gemeindegesetz, die Verordnung über den Gemeindehaushalt sowie die besonderen Haushaltsvorschriften aus Spezialgesetzen.

Art. 40 Buchführungsart

Das Rechnungsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Bemerkungen

Zweckverbände teilen die Betriebsverluste (oder Betriebsgewinne) sowie die Investitionskosten jährlich auf die Gemeinden auf (§ 131 Abs. 2 GG). Dies bedeutet, dass die Bestandesrechnung weder ein Eigenkapital noch einen Bilanzfehlbetrag, kein abzuschreibendes Verwaltungsvermögen und keine Spezialfinanzierungskonten aufweisen darf (Thalmann, § 131 N. 2.1.). Gemäss § 131 Abs. 3 GG können Zweckverbände, welche ihre Leistungen gegen kostendeckende Entgelte Dritten anbieten oder den Gemeinden ausschliesslich nach dem Verursacherprinzip belasten, die Investitionen direkt durch Fremdmittel finanzieren. Die Abkoppelung der Finanzierung der Zweckverbandsaufgaben vom Haushalt der Verbandsgemeinden ist nur zulässig, wenn die Entgelte für die Leistungen des Zweckverbands die vollen Kosten der Investitionen (Abschreibungen und Verzinsungen), des Betriebs und Unterhalts tatsächlich decken. Dies ist bei Zweckverbänden nur ausnahmsweise der Fall.

Statuten neu

Art. 41 Kostenverteiler

Allfällige nicht durch Einnahmen oder Beiträge gedeckten Betriebskosten werden von den Verbandsgemeinden nach folgendem Schlüssel getragen:

- 1/3 nach der Einwohnerzahl per 31. Dezember
- 2/3 nach den Belegungstagen im Rechnungsjahr

Ein allfälliger Überschuss wird nach dem gleichen Schlüssel verteilt.

Allfällige nicht durch Einnahmen oder Beiträge gedeckten Investitionen werden von den Verbandsgemeinden nach folgendem Schlüssel getragen:

- 2/3 nach der Einwohnerzahl per 31. Dezember
- 1/3 nach der bereinigten Steuerkraft gemäss Gemeindegesetz zum Zeitpunkt der Rechtskraft der Krediterteilung

Art. 42 Eigentum

Die von den Verbandsgemeinden gemeinsam erstellten Bauten und erworbenen Einrichtungen sowie die beweglichen Vermögensteile und das Bar- und Wertschriftenvermögen sind Eigentum des Verbandes.

Art. 43 Haftung

Die Verbandsgemeinden haften nach dem Zweckverband ausschliesslich für die Verbindlichkeiten des Verbandes. Der Haftungsanteil richtet sich nach dem Kostenverteiler für Investitionen.

Bemerkungen

Mit der vorgeschlagenen Formulierung hat der Zweckverband die Möglichkeit (aber nicht die Verpflichtung) (voll-)kostendeckende Tarife zu verlangen. Die einzelnen Gemeinden könnten nach Bedarf ihre Bewohner/-innen subjektorientiert bzw. individuell subventionieren.

Es ist sinnvoll in den Statuten den Haftungsanteil zu regeln. Für den Haftungsanteil können auch andere sachliche Kriterien herangezogen werden.

Statuten neu

5. Aufsicht und Rechtsschutz

Art. 44 Aufsicht

Der Verband untersteht der Staatsaufsicht nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes und der einschlägigen Spezialgesetzgebung.

Art. 45 Rechtsschutz und Verbandsstreitigkeiten

Gegen Beschlüsse der Verbandsorgane kann nach Massgabe des Gemeindegesetzes beim Bezirksrat Andelfingen Rekurs, Gemeindebeschwerde oder Stimmrechtsrekurs eingereicht werden.

Streitigkeiten zwischen Verband und Verbandsgemeinden sowie unter Verbandsgemeinden, die sich aus diesen Statuten ergeben, sind auf dem Weg des Verwaltungsprozesses nach den Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung zu erledigen.

Bemerkungen

vgl. insbesondere § 7 Abs. 1 und § 141 ff. GG

Gegen Beschlüsse des Vorstandsvorstands steht der Rekurs gemäss § 152 GG offen.

Gegen Beschlüsse der Verbandsgemeinden (Gemeindeversammlung, Gemeindeparlament, Stimmberechtigte an der Urne) ist die Gemeindebeschwerde gemäss § 151 GG und der Stimmrechtsrekurs gemäss § 151a GG zulässig.

Gemäss § 81 lit. a VRG entscheidet das Verwaltungsgericht als einzige Instanz, wenn vermögensrechtliche Streitigkeiten Gegenstand einer Klage sind.

Statuten neu

6. Austritt, Auflösung und Liquidation

Art. 46 Austritt

Jede Verbandsgemeinde kann unter Wahrung einer Kündigungsfrist von 5 Jahren auf das Jahresende aus dem Verband austreten. Die Heimkommission kann diese Frist auf Antrag der betroffenen Gemeinde abkürzen.

Austretende Gemeinden haben keinen Anspruch auf Entschädigungen irgendwelcher Art.

Bereits eingegangene Verpflichtungen werden durch den Austritt nicht berührt.

Art. 47 Auflösung

Die Auflösung des Zweckverbandes ist nur mit Zustimmung aller Verbandsgemeinden möglich. Der Auflösungsbeschluss hat auch die Liquidationsanteile der einzelnen Gemeinden zu nennen. Diese richten sich nach den Grundsätzen der Kostenverteilung für Investitionen gemäss Art. 40.

Bemerkungen

Die finanziellen Folgen eines Austrittes sollten in den Statuten geregelt werden. Der Zweckverband hat gegenüber einer austretenden Gemeinde Anspruch darauf, dass bereits eingegangene Verpflichtungen eingehalten werden. Dies kann beispielsweise bedeuten, dass die austretende Gemeinde ihren Anteil an nicht gedeckten Finanzierungskosten auszugleichen hat. Die austretende Gemeinde hat in der Regel keinen Anspruch auf Entschädigung.

Da die laufende Rechnung des Zweckverbandes durch die Verbandsgemeinden jährlich auszugleichen ist, können die Liquidationsanteile allein die Investitionsrechnung betreffen.

Statuten neu

7. Schlussbestimmungen

Art. 48 Inkrafttreten

Diese Statuten treten nach Zustimmung durch die zuständigen Organe der Verbandsgemeinden in Kraft.

Die Statuten bedürfen der Genehmigung des Regierungsrates.

Bemerkungen

Die Genehmigung durch den Regierungsrat hat lediglich deklaratorische Wirkung.

Beschlussfassung durch die Verbandsgemeinden:

Beschluss der Gemeinde Benken vom ...

Beschluss der Gemeinde Marthalen vom ...

Beschluss der Gemeinde Ossingen vom ...

Beschluss der Gemeinde Rheinau vom...

Beschluss der Gemeinde Trüllikon vom ...

Beschluss der Gemeinde Truttikon vom ...

Genehmigung durch den Regierungsrat des Kantons Zürich

RRB Nr. vom

Übersicht Finanzkompetenzen

	Stimmberechtigte Verbandsgebiet	Delegiertenver- sammlung	Heimkommission	Heimleiter
Einzelfallkompetenz für neue Ausga- ben im Rahmen des Voranschlags:				
Einmalige Ausgaben	> Fr. 500'000	> Fr. 150'000 und bis Fr. 500'000	> Fr. 20'000 und bis Fr. 150'000	Bis Fr. 20'000
Wiederkehrende Ausgaben	> Fr. 150'000	> Fr. 40'000 und bis Fr. 150'000	> Fr. 5'000 und bis Fr. 40'000	Bis Fr. 5'000
Einzelfallkompetenz für neue Ausga- ben ausserhalb des Voranschlags:				
Einmalige Ausgaben	> Fr. 250'000	> Fr. 20'000 und bis Fr. 250'000	> Fr. 10'000 und bis Fr. 20'000	Bis Fr. 10'000
jährlich maximal		Fr. 350'000	Fr. 100'000	Fr. 10'000
Wiederkehrende Ausgaben	> Fr. 50'000	> Fr. 10'000 und < Fr. 50'000	> Fr. 3'000.- und bis Fr. 10'000	Bis Fr. 3'000
Jährlich maximal		Fr. 80'000	Fr. 30'000	Fr. 3'000